

Israel kündigt Gaza-Lager für 600.000 Menschen als "humanitäre Stadt" an

10 Juli 2025 09:46 Uhr

Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz teilte Pläne der Netanyahu-Administration mit, dass die IDF angewiesen wurde, einen Plan zur Errichtung einer neuen "humanitären Stadt" auf den Trümmern der Stadt Rafah zu erstellen. Die Menschen, die das Gebiet betreten, dürften es nicht mehr verlassen.



Quelle: Gettyimages.ru © Anadolu/Kontributor

Regierungsplan: Israel betitelt ein riesiges Menschenlager unter katastrophalen Lebensbedingungen als "Humanitäre Stadt", Rafah im Juni 2025

Bei [einem Briefing](#) vor zwei Tagen teilte Israels Verteidigungsminister Israel Katz gegenüber Reportern mit, dass er die Armee (IDF) und das zuständige Ministerium angewiesen hat, einen Plan zur Errichtung einer wörtlich "humanitären Stadt" im südlichen Gazastreifen auf den Ruinen der zerstörten Stadt Rafah vorzulegen. Internationale Kritiker der Initiative brandmarkten die vermeintliche "Stadt" umgehend als unmissverständliches Internierungslager und sprachen von schockierenden, inhumanen Plänen auf dem Rücken leidender Palästinenser. Der Plan sieht demnach vor, zunächst rund 600.000 Palästinenser "aufzunehmen" und vorher zu registrieren. Eine Prüfung solle bestätigen und sicherstellen, dass mit zukünftigen "Bewohnern" keine Hamas-Aktivisten einreisen. Die betroffenen Palästinenser würden "die Zone nicht verlassen dürfen", so Katz wörtlich ankündigend.

Laut dem Verteidigungsminister Israels, sehen die bizarren Pläne einer wörtlich titulierten "humanitären Stadt" vor, dass nach Vorstellungen der Netanyahu-Administration zunächst etwa 600.000 Palästinenser in der Region registriert würden, in erster Linie Vertriebene, die in der Küstenregion Al-Mawasi nordwestlich von Rafah leben.

Final lauten die Vorstellungen, dass alle der schätzungsweise verbliebenden 2,2 Millionen Bewohner des Gazastreifens in der "Stadt" untergebracht werden, die vom israelischen Militär aus der Ferne gesichert und von nicht näher bezeichneten internationalen Organisationen betrieben werden soll, so der Minister weiter ausführend.

Die Ankündigung sorgte für weltweite Irritation und teils Empörung und klar formulierter Kritik und Ablehnung. Die israelische Zeitung *Haaretz* erklärte dazu (Bezahlschranke):

"Israel schafft keine "humanitäre Stadt" in Gaza. Es schafft Umsiedlungslager."

In einem weiteren [Artikel](#) heißt es, "Israels wahnhafte Pläne für den Gazastreifen machen Soldaten zu Gefängniswärtern". Gisha, eine 2005 gegründete israelische Menschenrechtsorganisation, [kommentierte](#) die Pläne wörtlich verurteilend in einer ersten Reaktion:

"Ein Konzentrationslager hat nichts Humanitäres an sich. Israel hat im Gazastreifen Bedingungen geschaffen, die kein menschliches Überleben zulassen. Tägliche Bombardierungen, vorsätzliche Aushungerung, unerbittliche Blockaden bei der Einreise und Lieferung von Hilfsgütern und die Zerstörung der grundlegenden zivilen Infrastruktur haben das Leben im Gazastreifen zur Hölle auf Erden gemacht."

Katz erklärte zu Wochenbeginn laut israelischen Medien, hinsichtlich der anvisierten Regierungspläne:

"Wenn die Menschen im Süden sind, im Al-Mawasi-Gebiet, dann werden sie von dort aus nicht zurückkehren können. Das wiederum wird für die Logik sorgen, sie zu evakuieren – und der Großteil will es auch."

Michael Sfard, einer der führenden Menschenrechtsanwälte Israels, [erklärte](#) gegenüber dem britischen *Guardian*:

"Katz legt einen operativen Plan für ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Es geht um nichts weniger als das. Es geht um die Umsiedlung der Bevölkerung in den südlichen Teil des Gazastreifens als Vorbereitung für die Deportation aus dem Streifen. Während die Regierung die Deportation immer noch als 'freiwillig' bezeichnet, sind die Menschen in Gaza so vielen Zwangsmaßnahmen ausgesetzt, dass eine Ausreise aus dem Streifen rechtlich gesehen nicht als einvernehmlich angesehen werden kann. Wenn man jemanden aus seiner Heimat vertreibt, wäre das ein Kriegsverbrechen, im Kontext eines Krieges. Wenn es in großem Stil geschieht, wie er es plant, wird es zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit."

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete am 7. Juli über parallele Dynamiken. Dazu [heißt es](#):

"Ein von Reuters eingesehener Vorschlag, der den Namen einer umstrittenen, von den USA unterstützten Hilfsorganisation trägt, beschreibt einen Plan zum Bau von großangelegten Lagern mit der Bezeichnung 'Humanitäre Transitzonen' innerhalb – und möglicherweise auch außerhalb – des Gazastreifens, um die palästinensische Bevölkerung unterzubringen. Der 2-Milliarden-Dollar-Plan, der im Zeitraum nach dem 11. Februar erstellt wurde und den Namen der von den USA unterstützten Gaza Humanitarian Foundation (GHF) trägt, wurde der Trump-Administration vorgelegt, so zwei Quellen, von denen eine sagte, dass er kürzlich im Weißen Haus diskutiert wurde."

Die GHF ist eine erst jüngst [im Mai 2025](#) mit politischer Unterstützung aus Israel und den USA gegründete private Hilfsorganisation. Die Umsetzung der kritisierten israelischen Pläne sollen laut Katz bereits während der 60-tägigen Feuerpause eingeleitet werden, über die derzeit Israel und die Hamas in

der katarischen Hauptstadt Doha indirekt verhandeln. Das Verteidigungsministerium habe bereits mit der Planung der Zone begonnen, so Katz. Die beauftragten israelischen Behörden haben sich demgegenüber jedoch bis dato nicht öffentlich zu dem Plan geäußert oder soweit bestätigt, ob er tatsächlich genehmigt wurde. Es bleibt auch unklar, wann der Plan final in die Tat umgesetzt werden soll.

Am Montag erklärte Israels Premier Netanjahu in Washington, die USA und Israel würden mit anderen Ländern zusammenarbeiten, "die den Palästinensern eine bessere Zukunft bieten würden", so die Formulierung vor Journalisten im Weißen Haus.

"Wenn die Menschen bleiben wollen, können sie bleiben, aber wenn sie gehen wollen, sollten sie gehen können", so Netanjahu.